



## KOMMENTARE aus dem WESTINSTITUT

### ■ Pipelines und Atomkraftwerke

David Engels

Im Streit um Nordstream 2 verbittet sich Berlin wahlweise kategorisch jede Einmischung in nationale Belange oder stellt die deutsch-russische Energieallianz, gegen welche die meisten Nachbarn und Bundesgenossen protestiert haben, als ein Opfer im Sinne des „europäischen Engagements“ dar, um den „Dialog mit Rußland nicht abreißen“ zu lassen. Nun will die Republik Polen ihr erstes Atomkraftwerk bauen, um allmählich aus der Kohle auszusteigen, ihren europäischen Umweltverpflichtungen nachzukommen und empfindliche Subsidienkürzungen zu vermeiden. Wer aber protestiert und fordert eine deutsche Supervision des Projekts? Richtig.



Freilich: Die Bundesregierung hat bislang noch nicht offiziell interveniert - dafür ist die internationale Lage angesichts der eigenen Nordstream 2-Pläne noch zu delikat. Dafür aber steigt langsam, aber stetig der Druck, der von der (meist staatlich bezuschußten und in der Regel links-grün orientierten) deutschen „Zivilgesellschaft“, von den (ebenfalls zunehmend nur noch staatlich am Leben gehaltenen und weitgehend links-grünen) deutschen Medien und natürlich vor allem von Seiten der grünen Partei ausgeht - und der angeschlagene Ton wird immer schriller.

Redaktion:  
David Engels

Nr. 5/2021  
4.3.21

Die „Kommentare aus dem  
Westinstitut“ sind auch  
verfügbar über :  
NEWSLETTER IZ  
FACEBOOK  
SCRIBD  
LINKEDIN  
TWITTER

Da ist in der Regel zunächst die Kritik zu lesen, das ziemlich genau in der Mitte der polnischen Ostseeküste geplante und 390 km von Warschau entfernte Kraftwerk sei schließlich „nur“ 300km von der nächsten deutschen Grenzstadt und 450 km Berlin gelegen, also viel zu nahe an der Bundesrepublik. Da drängt sich freilich der Gedanke auf: Hätte man dann in Deutschland nicht selber an die Nachbarn denken sollen, als man das (übrigens immer noch tätige) deutsche Kraftwerk Emsland gerade einmal 24km (!) vor der niederländischen Grenze errichtete; ganz zu schweigen vom DDR-Kraftwerk Lubmin, das 54km von der polnischen Grenze errichtet wurde? Wenn es um die eigene nationale Sicherheit geht, ist einem jedes benachbarte Kraftwerk verständlicherweise zu nahe, während die eigenen gar nicht peripher genug errichtet werden können. Muß Polen nun also eine „moralische“ Verpflichtung erfüllen, die bislang niemand in Westeuropa respektiert hat? Doch bereits so ist die jetzige Position geographisch wie sicherheitstechnisch ein idealer Kompromiß - soll die Anlage also nur daher gen Weißrußland oder Litauen verlegt werden, weil deutsche Menschenleben machtpolitisch stärker ins Gewicht fallen?

Freilich - viele deutsche Atomkraftwerke werden gerade heruntergefahren. Das gibt den Bundesbürgern und ihren Politikern aber noch kein Recht, sich darüber zu empören, daß ihre Nachbarn eben andere politische Entscheidungen getroffen haben; ganz zu schweigen von der Tatsache, daß Deutschland schon jetzt massiv Atomstrom aus Frankreich importieren muß, da die deutsche „Energiewende“ leider den Strombedarf der Deutschen zunehmend ungedeckt läßt - aus Atomkraftwerken, die sich übrigens, wie Fessenheim, Cattenom oder Chooz, noch erheblich näher an der deutschen Grenze befinden und älter sind als das geplante polnische...

Vordergründig wird dabei in der Diskussion oft das Argument bemüht, dem von Polen 2011 in Auftrag gegebenen Gutachten zur Umweltverträglichkeit sei kein Vertrauen zu schenken, da es „vor“ Fukushima entstanden sei, und weil zudem ein (von der grünen Partei Deutschlands) in der Schweiz bestelltes Gutachten wie erwartet zu anderen Schlüssen komme. Die Absicht ist offensichtlich: Kann bewiesen werden, daß die Sicherheit eines Nachbarstaats tangiert wird, würden die Verpflichtungen der Espoo-Konvention von 1991 („Convention on Environmental Impact Assessment in a Transboundary Context“) greifen und eine institutionelle Einbindung Deutschlands in den polnischen Planungsprozeß erzwingen - und somit wohl, beim gegenwärtigen Stand der deutschen Haltung zur Atomsicherheit, das direkte oder indirekte Aus für das polnische Atomprojekt.

Der wahre Grund hinter dem Streit um die Sicherheit des geplanten polnischen Kraftwerks und des deutschen Anrechts auf Mitspracherecht bei der Planung und Durchführung ist also ein ganz anderer, wie die Grünen-Politikerin Sylvia Kotting-Uhl, Vorsitzende des Umweltausschusses im Bundestag und treibende Kraft hinter der Kritik am polnischen Atomkraftwerk, klar machte, als sie am 11. Februar 2020 sogar Beschwerde bei der zuständigen UN-Wirtschaftskommission für Europa eingereicht hatte: Ihr geht es ganz explizit darum, daß die Bundesrepublik „ihre Vorreiterrolle im Sinne des Europaweiten Atomausstieges endlich annehmen und

entschlossen handeln“,<sup>1</sup> de facto also alle gegenläufigen Bemühungen der Nachbarn torpedieren solle.

Da in der Zwischenzeit aber keine diesbezüglichen Schritte von der Bundesregierung unternommen wurden, verfaßte Kotting-Uhl jüngst einen Protestbrief an das Espoo-Büro, um die polnische Regierung zu zwingen, die Bundesregierung in die Planungen einzubinden, und beharrte in einem Gespräch mit dem RND darauf, daß selbst, wenn „die Bundesregierung [...] die irrsinnigen polnischen Atompläne nicht aufhalten [könne, sie] ihre betroffenen Bürger informieren, Mitspracherecht einfordern und mit einem wachsamem Auge auf die bestmögliche Sicherheit der Anlagen pochen [müsse ].“<sup>2</sup>

Der wahre Grund für die sich ankündigende Polemik ist also der ideologische Ärger darüber, daß der Nachbar just in dem Moment, wo die eigenen Kraftwerke abgeschaltet werden, neue errichten will und somit natürlich das ganze Narrativ von der Alternativlosigkeit der eigenen politischen Ausrichtung widerlegt. Die simple Realität, daß die polnische Entscheidung schließlich der wesentlich von Deutschland betriebenen europäischen Verpflichtung zur Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes geschuldet ist, und „alternative Energiegewinnungsformen“ weder effizient, noch finanzierbar, noch in der Kürze der Zeit bereitgestellt werden können, darf da nicht ins Gewicht fallen. Und so zeichnet sich denn ein weiterer Streit im ohnehin schon stark belasteten deutsch-polnischen Verhältnis ab. Dies wird sicher nicht dadurch einfacher werden, daß sich die USA als Kooperationspartner für den Ausbau der polnischen Atompläne angeboten haben<sup>3</sup> - Retourkutsche für Nordstream 2?

Illustration: Das Kernkraftwerk Emsland

([https://de.wikipedia.org/wiki/Kernkraftwerk\\_Emsland#/media/Datei:Luftbild\\_Kernkraftwerk\\_Lingen.jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/Kernkraftwerk_Emsland#/media/Datei:Luftbild_Kernkraftwerk_Lingen.jpg))

Instytut Zachodni  
im. Zygmunta Wojciechowskiego  
ul. Mostowa 27A, 61-854 Poznań

tel. +48 61 852 76 91, fax. +48 61 852 49 05  
email: [izpozpl@iz.poznan.pl](mailto:izpozpl@iz.poznan.pl)  
[www.iz.poznan.pl](http://www.iz.poznan.pl)

<sup>1</sup> <https://www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/news/polens-erste-atomkraftwerke-in-der-kritik/>

<sup>2</sup> <https://www.rnd.de/politik/polens-atom-plane-sind-risiko-fur-deutschland-berlin-schweigt-KG6WE6XUGJCFTBAQAYPAV5RHDQ.html>

<sup>3</sup> <https://www.polskieradio.pl/395/7786/Artykul/2689960,US-preparing-nuclear-offer-for-Poland-official>